

Bewegung im Atomstreit? Die innere Instabilität des Iran als Chance für den Westen

JÜRGEN BÄTZ

Drei Jahrzehnte nach ihrer Gründung ist die Islamische Republik Iran zuletzt durch ein Wechselbad der Gefühle gegangen. Die acht Jahre der Präsidentschaft von George W. Bush haben das Land als Mitglied der vermeintlichen »Achse des Bösen« international isoliert. Gleichzeitig hat der ehemalige US-Präsident die Position der schiitischen Mullahs gestärkt wie nie zuvor, indem er im Westen deren alten Erzfeind Saddam Hussein beseitigte und im Osten die radikalen Sunniten der Taliban erheblich schwächte. Doch Entwicklungen nach der offenbar gefälschten Präsidentschaftswahl vom 12. Juni 2009 – Massenproteste, die Herausbildung einer Oppositionsbewegung sowie Brüche im Establishment des Regimes – haben die aufstrebende Regionalmacht gedemütigt und nachhaltig destabilisiert. Der Freiheitsdrang von Millionen Iranern hat das Regime in die tiefste Krise seit der Revolution gestürzt.

Ein von innen erschütterter Staat könnte versucht sein, nach außen Härte zu zeigen – außer, wenn die Herrschenden von einer Einigung mit ausländischen Verhandlungspartnern eine Stabilisierung und Legitimation ihres zunehmend gefährdeten Regimes erwarten. Genau darin liegt für die internationale Gemeinschaft eine Chance, bei den Verhandlungen über das umstrittene iranische Atomprogramm Fortschritte zu machen. Im Folgenden werden die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen dargestellt, die zur Schwächung des Regimes im Iran geführt haben, und die Auswirkungen auf die internationalen Verhandlungen über das Atomprogramm analysiert.

Desolate Wirtschaftslage: Starke Ölabhängigkeit, galoppierende Inflation und fehlende Investitionen

Zunächst sollte man sich vergegenwärtigen, dass es sich bei der schiitischen Theokratie keineswegs um ein historisch gefestigtes Regime handelt. Schon ein Jahr nach der Machtübernahme durch Revolutionsführer

Ayatollah Ruhollah Chomeini 1979 wurde das Land von seinem Nachbarn Irak in einen blutigen, achtjährigen Krieg verwickelt, bei dem mehrere hunderttausend Menschen ums Leben kamen. Nach dem Krieg und dem Tod Chomeinis im Juni 1989 begann das Regime, sich neu aufzustellen und seine Herrschaft zu konsolidieren. Erschwert wurde die Neuordnung durch eine nahezu völlige internationale Isolation, nachdem Chomeini vier Monate vor seinem Tod in einem islamischen Rechtsgutachten (Fatwa) zur Tötung des britisch-indischen Autors Salman Rushdie aufgerufen hatte. Nach acht Jahren konservativer Herrschaft unter Präsident Ayatollah Rafsandschani, der die Machtbasis des Präsidentenamtes unter anderem mit der Abschaffung des Ministerpräsidentenamtes deutlich ausgebaut hatte, wurde die Republik mit der überraschenden Wahl des Reformers Chatami in die nächste große Krise gestürzt.

Chatami leitete ab 1997 eine Phase der vorsichtigen Liberalisierung ein, was zu jahrelang lähmenden und erbitterten Machtkämpfen führte (Maloney 2008a: 9). Die konservativen Kräfte des geistlichen und (para-)militärischen Establishments gewannen erst mit der Wahl Ahmadinedschads 2005 wieder die Oberhand. Nun stehen sie aber vor einem Scherbenhaufen: Die grüne Bewegung von Oppositionsführer Mir Hossein Mussawi mag amtlichen Angaben zufolge bei der Präsidentenwahl unterlegen sein, der Aufruhr im Volk ist jedoch nicht mehr wegzufälschen.

Mit dem Schlachtruf »It's the economy, stupid« zog einst Bill Clinton in seinen Präsidentschaftswahlkampf. Siebzehn Jahre später war der Slogan in ähnlicher Form im iranischen Wahlkampf zu hören: Die Oppositionskandidaten Mehdi Karrubi, ein Reformler, und der konservative Bewerber Mohsen Resaie warfen Präsident Mahmud Ahmadinedschad vor, das Land mit seiner Wirtschaftspolitik an den »Rand des Abgrunds« manövriert zu haben.

Die desolatte Wirtschaftslage ist die erste der hier zu besprechenden Entwicklungen, die den Iran derzeit schwächen. Die Lage ist alles andere als rosig: Der gefallene Ölpreis reißt ein großes Loch in den Staatshaushalt. Missmanagement, Korruption und Sanktionen tun ihr Übriges. Staatliche und parastaatliche Stiftungen (»bonyads«) machen 80 Prozent des Wirtschaftsgeschehens aus. Es fehlt an Investitionen, die Arbeitslosenquote ist auf zweistelligem Niveau, und vor allem junge Leute¹ finden

1. Viele junge Iraner suchen ihr Heil im Ausland – laut dem Internationalen Währungsfonds hat der Iran eine der höchsten »Brain drain«-Raten weltweit; http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/6240287.stm (aufgerufen am 23.8.2008).

kaum Arbeit. Das Wirtschaftswachstum wird in dem ölreichen Schwellenland dieses und kommenden Jahr laut Internationalem Währungsfonds (IWF) nur rund drei Prozent betragen.² Eine galoppierende Inflation von 26 Prozent lässt zudem die Reallöhne sinken; parallel nimmt die Unzufriedenheit in allen Bevölkerungsschichten zu.

Bei der Analyse der wirtschaftlichen Schwierigkeiten verlangt der Ölsektor eine detailliertere Betrachtung, denn Teherans politische Ambitionen, im Äußeren wie im Inneren, stehen und fallen mit den Preisen für Rohöl und Erdgas – woraus bis zu zwei Drittel des Staatshaushalts finanziert werden. Der Iran ist eigentlich ein reiches Land: Im persischen Boden schlummern mit 138 Milliarden Barrel die hinter Saudi-Arabien zweitgrößten Ölreserven der Welt (BP 2009: 6). Zudem verfügt der Iran mit rund 16 Prozent aller Vorkommen hinter Russland über die zweitgrößten Gasreserven der Erde (BP 2009: 22). Doch das große und strukturelle Problem des Iran besteht darin, diesen Reichtum aus dem Boden zu bekommen. Mit 4,3 Millionen Barrel pro Tag hat der Iran im vergangenen Jahr 5,3 Prozent der weltweiten Produktion gefördert, das Land sitzt jedoch auf elf Prozent aller Reserven. Fünf Jahre vor der Revolution, 1974 unter dem Schah, lag die Produktion noch bei 6,1 Millionen Barrel (BusinessWeek 2006).

Der Output der iranischen Ölfelder sinkt vor allem wegen fehlender Investitionen. Dafür sind nicht zuletzt die US- und UN-Sanktionen verantwortlich, die westliche Ölkonzerne als Investoren weitgehend ausfallen lassen, die Lieferung dringend benötigter Technologien verhindern und internationale Banken von der Vergabe von Krediten abschrecken. Gleichzeitig steigt der Verbrauch im Inland wegen des subventionierten Benzinpreises immer weiter an. Experten gehen davon aus, dass der Iran möglicherweise schon in einigen Jahren kein Rohölnettoexporteur mehr sein wird (BusinessWeek 2006).³ Vor zwei Jahren hat es der von Ahmadedschad geschasste Ölminister Kasem Vasiri Hamaneh auf den Punkt gebracht: »Wenn wir in den nächsten 15 Jahren keine Lösung für das Energieproblem finden, steht das Land vor einer Katastrophe« (Forbes

2. Volker Perthes wendet nicht ohne treffende Ironie ein, dass man Iran ein Schwellenland nennen könne; das sei aber auch schon vor 30 Jahren unter dem Schah der Fall gewesen (Perthes 2008: 40).

3. Beim Erdgas ist die Situation angesichts mangelnder Investitionen und veralteter Technik noch dramatischer: Iran, das Land mit den zweitgrößten Reserven weltweit, ist ein Nettoimporteur.

2007). Wenn der Benzinverbrauch weiter ansteige, steuere das Land auf ein »Desaster« zu.

Tatsächlich muss der Iran wegen fehlender Raffineriekapazitäten heute rund 40 Prozent des Benzins zu Weltmarktpreisen importieren, verkauft den Treibstoff jedoch stark subventioniert, was den Staat jährlich Milliarden Dollar kostet (vgl. Maloney 2008a: 99).⁴ Die Subventionen fördert Ineffizienz, belastet die Umwelt und ist für den Staatshaushalt fatal – so sehr, dass die Regierung 2007 eine Rationierung des subventionierten Benzins beschloss und den Preis auf umgerechnet 7,8 Eurocent pro Liter (sic!) erhöhte (IWF 2008: 25). Laut IWF werden sich die indirekten und direkten Preissubventionen für Ölderivate bei einem durchschnittlichen Marktpreis von 86 Dollar pro Barrel in diesem Jahr auf entgangene Einnahmen von über 44 Milliarden Dollar addieren. Das entspricht zwölf Prozent des BIP (IWF 2008: 26f). Würde der Ölpreis wieder auf durchschnittlich 115 Dollar steigen, betrüge das Minus gut 60 Milliarden Dollar oder 16,6 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung. Eine Abschaffung der Subvention kommt für Ahmadinedschad jedoch nicht in Frage, zumal er sich auf die Fahne schreibt, die sogenannten kleinen Leute vom Ölreichtum des Landes profitieren zu lassen. Seine diversen Subventionsprogramme, die sich auf insgesamt 27 Prozent der Wirtschaftsleistung addieren (IWF 2008: 23), haben jedoch vor allem den Effekt gehabt, die Inflation anzuzuleiten. Die Teuerungsrate lag 2008 laut IWF bei atemberaubenden 26 Prozent.

Der Öl- und Gasreichtum ist für den Iran gleichzeitig Fluch und Segen. Er sorgt für vier Fünftel der Exporterlöse und den Großteil der Staatseinnahmen. Gleichzeitig befördern die Rohstofflöse jedoch Ineffizienz, mangelnde Diversifizierung, Subventionen und Korruption – analog zur Theorie des Ressourcen-Fluchs (vgl. z. B. Collier 2008: 38ff). Zudem ist Teheran damit von Gütern abhängig, deren Marktpreis stark schwankt und – noch viel schmerzhafter – deren weiteren Ausbau es nicht selbst in der Hand hat. Der Iran ist »ein bedeutender ölexportierender Staat gewiss, aber auch ein Staat, der ohne ausländische Hilfe nicht einmal eine Ölraffinerie bauen kann« (Perthes 2008: 7f).

Die makroökonomischen Daten zeigen, dass der Iran wirtschaftlich geschwächt ist. Der Ölreichtum ist dabei paradoxerweise eine Bürde, denn er macht das Regime verletzlich. Sollte es durch internationale

4. Siehe auch <http://www.iran-daily.com/1383/2189/pdf/3-economy.pdf> (aufgerufen am 19.8.2008).

Sanktionen gelingen, den Nachschub an Importbenzin abzuschneiden, stünde dem Land nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein politisches Chaos bevor.

Soziale Umbrüche: Die stille Rebellion der Jugend

Eine weitere für das Regime bedrohliche Entwicklung, die Unzufriedenheit und das Aufbegehren der Jugend, stellt Maloney zufolge das »offensichtlichste Potenzial des Wandels im Iran dar« (Maloney 2008a: 83). Knapp zwei Drittel aller 72 Millionen Iraner sind jünger als 30 Jahre und fordern mehr Freiheiten. Selbst viele religiöse junge Iraner orientieren sich wesentlich mehr an Beirut oder Paris als am sittenstrengen Saudi-Arabien. »Der Iran befindet sich in einem entscheidenden Moment seiner Geschichte. Diese jungen Leute, die Kinder der Revolution, sind hoch gebildet, arbeitslos und extrem unzufrieden« (Mahdavi 2009: 37). Der Kampf um Make-up, den Sitz des Kopftuchs, das Rauchen der Wasserpfeife trotz Verbots oder die omnipräsenten – und ebenfalls verbotenen – Satellitenschüsseln sind nur die äußeren Anzeichen für dieses Aufbegehren, das eine tiefe Unzufriedenheit mit dem durch die Mullahs gemaßregelten öffentlichen Leben ausdrückt.

Die iranischstämmige US-Anthropologin Pardis Mahdavi konstatiert bei jungen Leuten »unersättlichen Hunger nach Veränderung, Fortschritt, Weltoffenheit und Modernität, die viele meiner Teheraner Freunde mit Sex in Verbindung brachten« (Mahdavi 2009: 3). Jeder Einzelne versucht selbst, die sozialen Rahmenbedingungen ein Stück weit zu verändern, wie Mahdavi weiter schildert. Die Summe daraus bringt sie auf einen Begriff, der innerhalb der iranischen Jugend ihren Angaben zufolge längst zu einem geflügelten Wort geworden ist: »enghelab-e-jensi«, die sexuelle Revolution. »Viele junge Erwachsene sagen, dass sie jetzt ihre Körper und ihre Sexualität einsetzen, um sich gegen das von ihnen als repressiv betrachtete Regime zu positionieren« (Mahdavi 2009: 8). Anstatt das Regime offen anzugreifen, was nicht ohne größte Risiken möglich wäre, versucht die Jugend, das moralische Fundament der Islamischen Republik auszuhöhlen – »eine ruhigere, weniger offene Form der Rebellion« (Mahdavi 2009: 18).

»Fitna«, das moralische Chaos, beginnt im Iran schon bei auffälliger Schminke, einem schlecht sitzenden Kopftuch, zu eng anliegender Kleidung, beim Tanzen, beim verstohlenen Händchenhalten im Park, ganz

zu schweigen vom (durchaus verbreiteten) Genuss von alkoholischen Getränken. Die von Mahdavi anschaulich beschriebenen vorehelichen Flirt- und Sexualkontakte⁵ stehen im krassen Gegensatz zu den Werten der Republik und werden hart bestraft. Schon bei kleineren Vergehen wie Trinken und Tanzen drohen Gefängnis und bis zu 70 Peitschenhiebe, bei sexuellen Kontakten können Strafen drakonisch sein, mindestens 100 Peitschenhiebe, bei Ehebruch oder Homosexualität droht sogar Steinigung (Mahdavi 2009: 18, 22, 172).⁶

Gleichwohl ist das Herausfordern des Regimes gerade bei der urbanen Jugend – und etwa 70 Prozent der Iraner leben in Städten – fast zu einem Sport geworden. Die gezielten Überschreitungen der Kleidungs- und Verhaltensvorschriften sind ein Katz-und-Maus-Spiel mit der Sittenpolizei. Eine 24-jährige Iranerin sagte in Teheran in einem Gespräch mit dem Verfasser: »Ich wurde auch schon mal verhaftet. Das war eigentlich ganz lustig. Nach einer Nacht in der Zelle musste ich unterschreiben, dass ich es nie wieder tun würde, dann kam ich frei.« Die junge Frau nahm während des Gesprächs einen herzhaften Schluck von ihrem eigentlich streng verbotenen Bier und fügte lachend hinzu: »Jeder muss mal verhaftet werden, das gehört dazu.« Mahdavi verweist auch darauf, dass die Strafen spätestens seit der Präsidentschaft Chatamis weniger hart sind. Zumeist würden die jungen Leute nur eingesperrt und eingeschüchtert, nicht aber physisch gezüchtigt (Mahdavi 2009: 22).⁷

Nicht mehr wegzudenken ist für die meisten Iraner, besonders natürlich für die zwei Drittel der Bevölkerung unter 30, die Verbindung zur freieren Außenwelt: Satellitenschüsseln sind ebenso verboten wie im

-
5. Gesellschaftlich ist vorehelicher Sex jedoch offiziell weiterhin ein Tabu, der daher auch eine spätere Heirat komplizieren kann. Das daraus folgende boomende Geschäft mit vorehelichen Eingriffen zur Wiederherstellung der Jungfernhäutchen (Hymen-Rekonstruktion) schildert Mahdavi ebenfalls (Mahdavi 2009: 145 ff).
 6. Steinigungen im Iran sind »selten« – auch eine einzige ist natürlich schon eine zu viel. Der Iran ist laut Amnesty International das Land, in dem nach China am meisten Menschen hingerichtet werden, zumeist am Strang. 2008 wurden demnach mindestens 346 Todesurteile vollstreckt. Allein in den acht Wochen nach der umstrittenen Präsidentenwahl Mitte Juni 2009 wurden 115 Menschen gehängt, »eine ungewöhnlich hohe Zahl«, wie Amnesty Anfang August »beunruhigt« mitteilte. <http://www.amnesty-todesstrafe.de/index.php?id=552> (aufgerufen am 18.8.2009).
 7. Mahdavi schreibt, dass die allermeisten ihrer 105 jungen iranischen Gesprächspartner, mit denen sie Tiefeninterviews führte, schon mindestens ein Mal verhaftet worden seien und jenes Risiko eben selbstverständlich dazugehöre (Mahdavi 2009: 195ff).

ganzen Land verbreitet – angesichts ihrer schieren Masse werden sie von der Polizei jedoch toleriert. So können Al Dschasira, CNN, BBC oder Voice of America problemlos empfangen werden. Das Gleiche gilt für das Internet: Iran hat im Mittleren und Nahen Osten die höchste Internetchichte – und das nicht erst, seit Twitter und Facebook bei den Präsidentschaftswahlen eine prominente Rolle spielten. Die Zahl der Internetnutzer ist in den vergangenen acht Jahren trotz der Einschränkungen durch die Zensur der Regierung durchschnittlich um 48 Prozent gestiegen: Aus einer Million Nutzer 2000 wurden bis 2008 ganze 23 Millionen, knapp ein Drittel der Bevölkerung.⁸ Besonders junge Iraner verbringen immer mehr Zeit im Internet, zumal in Blogs und Instant-Messaging-Diensten mehr Freiheit herrscht als in der realen Welt.

Die Hardliner des Regimes haben in der Jugend immer die Achillesferse der Islamischen Republik gesehen (vgl. Maloney 2008a: 86f). Der Wille nach Veränderung der jungen Bevölkerungsmehrheit ist vermutlich die größte Gefahr für das »instabile Regime« (Maloney 2008a: 87). Der Wunsch nach einer offeneren Gesellschaft, der sich erstmals bereits 1994 mit der Wahl Chatamis zum Präsidenten gezeigt hatte, ist nach dem umstrittenen Urnengang vom 12. Juni 2009 förmlich explodiert. Gerade die jungen Iraner, die angesichts des siechenden Arbeitsmarkts und der statischen Politik des Regimes nur wenig Hoffnung auf eine Besserung ihrer Lage und damit wenig zu verlieren haben, beteiligten sich zu Hunderttausenden an den Protesten. Insgesamt demonstrierten Millionen Iraner auf den Straßen Teherans und weiterer Städte.

Das Erstarken der Opposition und die Spaltung der herrschenden Elite

Der Staat konnte angesichts der Massendemonstrationen nur unter massiver Gewaltanwendung und durch Massenverhaftungen wieder die Oberhand gewinnen. Das Video der erschossenen Demonstrantin Neda Agha-Soltan wurde binnen weniger Tage im Iran und in der ganzen Welt zum Symbol der brutalen Unterdrückung der Proteste. Rund 4 000 Menschen wurden zeitweise festgenommen, etwa 300 davon saßen Ende August noch im Gefängnis, darunter Demonstranten, aber auch viele führende Reformpolitiker wie der ehemalige Vizepräsident Mohammad

8. <http://opennet.net/research/profiles/iran> (aufgerufen am 19.8.2008).

Ali Abtahi. Viele der Einsitzenden wurden offenbar misshandelt und zu Geständnissen gezwungen, was sogar von konservativen Politikern wie Parlamentspräsident Ali Laridschani in deutlichen Worten angeprangert wurde. Das Parlament setzte einen Untersuchungsausschuss ein. Die wachsende Entrüstung bewegte sogar Ayatollah Chamenei, die Schließung des umstrittenen Gefängnisses Kahrizak anzuordnen, wo Oppositionelle gefoltert und nach Angaben des unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Karrubi sogar vergewaltigt worden waren. Doch mit einem Schauprozess gegen mehr als 100 Angeklagte vor dem Teheraner Revolutionsgericht hat das Regime seine Entschlossenheit unterstrichen, keine Opposition zu dulden.

Hunderttausende Polizisten, Soldaten, Revolutionsgardisten und die fanatische Freiwilligenmiliz der Bassidschi haben nach der Wahl für Ruhe auf den Straßen gesorgt, in den entscheidenden Zirkeln der Macht halfen jedoch auch ihre Schlagstöcke nicht. Die politische Elite ist gespalten, und zwar die politische ebenso wie die geistliche. Ex-Präsident Rafsandschani, Vorsitzender des mächtigen Expertenrats, des Schlichtungsrats und ein Gegner Ahmadinedschads, sprach in seiner ersten Freitagspredigt nach der Wahl von einer »Staatskrise«. Die Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Urnengangs hätten das Vertrauen eines großen Teils der iranischen Gesellschaft in das System erschüttert, sagte Rafsandschani, der als einer der mächtigsten Männer im Iran gilt und den Oppositionsführer Mussawi unterstützt.

Die Bewegung der Reformer, die nach der letzten Amtszeit Chatamis 2004 bereits beschrieben worden war, spielt im politischen System des Landes heute wieder eine zentrale Rolle. Chatami ist als »Elder Statesman« und ranghoher Ayatollah inzwischen wieder sehr angesehen und gilt als Integrationsfigur der Reformer. Mussawi versucht unterdessen hinter den Kulissen diskret, seine »grüne Bewegung« zu festigen und zu institutionalisieren. Selbst wenn er sich seit dem Ende der Massenproteste öffentlich nur sehr vorsichtig äußerte, hat er klargestellt, dass er seine Opposition fortsetzen und Ahmadinedschad nicht als legitimen Präsidenten anerkennen wird. Seine weiteren Pläne waren im Spätsommer noch nicht abzusehen. Sicher war jedoch, dass ein Oppositionsführer, der im Volk viel Rückhalt genießt und zudem innerhalb der herrschenden Elite gut vernetzt ist, für Ahmadinedschad mittelfristig gefährlich werden kann. Proteste und ein Erstarken der Oppositionsbewegung sind auch für das Regime besorgniserregend, zumal »die tiefe Angst vor Instabilität und Chaos, als vielleicht wichtigstes Erbe der

Islamischen Revolution, Irans politische Kultur durchdringt« (Maloney 2008a: 13). Hardliner unter den Revolutionsgardisten und der Vorsitzende des Wächterrats, Ayatollah Ahmad Dschannati, würden gerne hart durchgreifen und haben dazu aufgerufen, Mussawi vor Gericht zu stellen.⁹ Dass es so weit kommt, ist jedoch unwahrscheinlich, da Mussawi mit einem Prozess und erst recht mit einer Verurteilung oder Inhaftierung endgültig zur Ikone der Opposition würde – ein iranischer Nelson Mandela oder eben die persische Version von Aung San Suu Kyi.¹⁰

Gefährlich ist für Ahmadinedschad ebenso die zunehmende Kritik aus dem konservativen Lager, die auf eine Spaltung seiner früheren Gefolgschaft schließen lässt.¹¹ Aus dem Parlament weht Ahmadinedschad inzwischen starker Gegenwind entgegen. Die Abgeordneten der Madschlis sparen nicht mit Kritik am Präsidenten und können manches seiner Vorhaben, zumal wenn es um Subventionen oder Wirtschaftspolitik geht, ins Leere laufen lassen. Sie haben ihn auch bereits gezwungen, seine Kabinettsliste etwas moderater zu gestalten (Chimelli 2009: 4). Der konservative Parlamentspräsident Ali Laridschani, der frühere Unterhändler bei den Verhandlungen über das Atomprogramm, hat Ahmadinedschad zuletzt häufig deutlich kritisiert und sich sukzessive als prominenter Gegenspieler etabliert.

Laridschani gibt es sogar drei: Ayatollah Chamenei hat Alis Bruder Sadegh Laridschani jüngst zum mächtigen Chef der iranischen Justiz ernannt. Damit sind der Chef der Judikative und jener der Legislative nun »zuverlässige Gegner Ahmadinedschads« (Chimelli 2009: 4).¹² Hinzu kommt der dritte Bruder, Mohammad Dschavad, der ein Berater Chameneis ist. Der »Economist« bringt es auf den Punkt: Chamenei hat damit eine Familie befördert, die Ahmadinedschad kritisch, ihm selbst aber loyal gegenübersteht (*Economist* 2009). Dies lässt auf eine weitere

9. <http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5gPnlEgPRLM7B5HR3rwMkMcrYPmoA> (aufgerufen am 23.8.2009).

10. An dieser Stelle sei allerdings betont, dass Mussawi als ehemaliger Ministerpräsident während des Iran-Irak-Kriegs durchaus Blut an den Händen hat und daher wohl kaum ein künftiger Friedensnobelpreisträger sein wird.

11. Vgl. dazu die Analyse des *Economist* (2009): »Viele der mächtigsten Persönlichkeiten, darunter auch ranghohe Geistliche, haben sich gegen ihn gestellt.«

12. Vgl. auch in der *Financial Times*: »Iranische Medien handeln [Sadegh] Laridschani trotz dessen konservativer Prägung als möglichen Gegenspieler Ahmadinedschads.« (<http://www.ftd.de/politik/international/:Innenpolitisches-Kraeftemessen-Alleingegen-die-alte-Elite-im-Iran/555633.html>, aufgerufen am 22. August 2009.)

Front im konservativen Establishment schließen: Ayatollah Chamenei versucht sich von Ahmadinedschad abzugrenzen, um nicht in Abhängigkeit zu geraten, und er bemüht sich zu verhindern, dass er zu mächtig wird. Kurz vor der Ernennung Sadegh Laridschani kam es – was bis dahin undenkbar war – zu einem offenen Konflikt zwischen Chamenei und Ahmadinedschad.

Als Ahmadinedschad Mitte Juli seinen Verwandten¹³ Esfandiar Rahim Maschaie zum ersten stellvertretenden Präsidenten ernannte, tobte das konservative Establishment, zumal er eine Aufforderung Chameneis nach dessen umgehender Entlassung ignorierte (Worth 2009: A4). Im Zuge des Streits um Maschaie entließ Ahmadineschad auch den letzten Kleriker seiner Regierung, den mächtigen Geheimdienstminister Gholam Hussein Mohseni Edschehi (Hermann 2009). Daraufhin bezog sogar der erzkonservative Ayatollah Dschannati gegen Ahmadinedschad Stellung. Direkt an den Präsidenten gerichtet sagte er während des Freitagsgebets in Teheran, dessen Personalpolitik habe einen »Aufschrei im Volk« ausgelöst (*Focus* 2009). »Diese Art Vorgehen ist nicht zu verteidigen«, so Dschannati. Ahmadinedschad gab nach und entließ Maschaie. Allerdings machte er ihn gleich danach zu seinem Bürochef.

Ahmadinedschad verlässt sich mehr und mehr auf seine Getreuen und früheren Weggefährten aus der Revolutionsgarde.¹⁴ Damit treibt er die Polarisierung der politischen Situation weiter voran und vergrault Reformer genauso wie Konservative und Geistliche, die »im wachsenden Einfluss der Revolutionsgarden eine schleichende Militarisierung des Iran sehen« (*Economist* 2009; vgl. auch Maloney 2008a: 16). Letztlich hat der geistliche Führer in allen entscheidenden Fragen das Sagen. Gegen Chamenei und dessen oftmals direkt ernannte Getreue kann der Präsident nur wenig durchsetzen, wie auch die von Machtkämpfen geprägten Amtszeiten Chatamis gezeigt haben (Maloney 2008a: 9). Ahmadinedschad versucht jedoch, die Machtbalance langsam zu seinen Gunsten und in Richtung des Militärs zu verschieben.

Die politischen Fronten im Iran sind verwirrend, nicht zuletzt weil Label wie »Reformer« und »Konservative« bei Figuren wie Rafsandschani oder Ali Laridschani irreführend sind. Hinzu kommt, dass das militäri-

13. Maschaies Tochter ist mit Ahmadinedschads Sohn verheiratet.

14. Dies gehe so weit, dass schon nicht mehr von einem »Mullah-Regime« gesprochen werden könne, schreibt die *taz*. Topa, Alessandro: »Der Durchmarsch der Gardisten«, in: *Die tageszeitung* (18.8.2009): 16.

sche Establishment der Revolutionsgarden eine eigene Klasse darstellt, und dass die Klerikal-Konservativen in unverrückbarer Loyalität zu Chamenei stehen. Die anhaltenden Machtkämpfe belegen, dass Ahmadinedschad zu Beginn seiner zweiten Amtszeit deutlich geschwächt ist. Er muss nicht nur die Opposition fürchten, sondern auch eine wachsende Fraktion mit ihm unzufriedener Konservativer.

Ein Riss durch den Klerus

Abschließend sei hier noch auf eine weitere Dimension des politischen Machtkampfs verwiesen, die für Ahmadinedschad *und* Chamenei nicht minder gefährlich ist: Wegen der Niederschlagung der Proteste und der offensichtlichen Fälschung der Wahlergebnisse geht ein Riss durch den Klerus. Die meisten Großayatollahs scheuten davor zurück, dem wiedergewählten Ahmadinedschad ihre Unterstützung zu versichern, die Welle der Gewalt und Festnahmen wurde von einzelnen sogar heftig kritisiert.

Offene Kritik, die dem Regierungschef gefährlich werden kann, kam nach der Unterdrückung der Oppositionsproteste von keinem Geringerem als Großayatollah Ali Montaseri. Er war einst als Nachfolger Ayatollah Chomeinis vorgesehen, bis er als kritischer Geist in Ungnade fiel. Montaseri ist jedoch beim Volk immer noch sehr beliebt und bekleidet in der geistlichen Hierarchie einen höheren Rang als Chamenei (Maloney 2008a: 77f, 109).¹⁵ In einer Fatwa, der im schiitischen Islam traditionell hohes Gewicht zukommt, ging Montaseri so weit, jedem Schiiten die Pflicht aufzuerlegen, gegen Usurpatoren der Macht und für eine gerechte Herrschaft zu kämpfen: »Das System hat keinen Wert an sich, und sein Erhalt ist keine unbedingte Pflicht. (...) Außerdem ist es offensichtlich, dass ein islamisches System nicht mit Tyrannei und mit Maßnahmen gerettet oder gestärkt werden kann, die im Widerspruch zum Islam stehen. Eine Obrigkeit, die auf Knüppeln, auf Ungerechtigkeit und Rechtsverletzungen basiert, die sich der Wahlstimmen bemächtigt und diese

15. Maloney nennt den Werdegang Montaseris vom designierten Nachfolger zum prominentesten Kritiker ein »einzigartiges, unbequemes Paradoxon«. Sie betont auch, dass Chameneis ursprünglich relativ niedriger religiöser Status die Islamische Republik offen für konkurrierende Meinungen von Geistlichen höheren Ranges gelassen hat (Maloney 2008a: 81f).

manipuliert, die mordet, verhaftet und wie im Mittelalter und mit stalinistischen Methoden foltert, die ein Klima der Unterdrückung schafft, Zeitungen zensiert, Kommunikationswege stört, die gebildete Elite der Gesellschaft unter absurden Vorwürfen inhaftiert und falsche Geständnisse erpresst, eine solche Obrigkeit ist aus religiöser Sicht und in den Augen eines jeden Vernünftigen zu verurteilen und besitzt keinen Wert.« (Montaseri 2009)

Montaseri betont unter Berufung auf den Verehrten Imam Ali, dass Gott von den Religionsgelehrten verlange, »niemals Ruhe zu geben, solange ein Tyrann satt ist und ein Unterdrückter hungrig« (Montaseri 2009). Religiöse Debatten sind im Iran wegen der starken Verbindungen zwischen Klerus und Herrschenden per se auch politisch, darin liegt die Sprengkraft des Protests. Aus der Theologenstadt Qom südlich von Teheran kamen weitere Mahnungen in Richtung Regierung, Ende Juli sogar Aufrufe zu weiteren Protesten (Focus 2009). All dies sind Hinweise auf eine tiefe Spaltung, zumindest aber eine Entfremdung zwischen Klerus und Regierung.

Das iranische Regime steht wirtschaftlich und gesellschaftlich unter massivem Druck. Die Sicherheitskräfte können eine scheinbare Ruhe im Land garantieren, doch unter der Oberfläche gärt es weiter. Deshalb könnte die Führung in Teheran sich genötigt sehen, die internationalen Verhandlungen über das Atomprogramm im bisherigen Format 5+1 – also mit fünf permanenten Mitglieder des UN-Sicherheitsrats und Deutschland¹⁶ – als Chance zur Aufwertung des Regimes nutzen. »Iranische Führungspersönlichkeiten wollen solche Verhandlungen – schon deshalb, weil sie ihre Popularität im Innern enorm steigern würden« (Perthes 2008: 131.)

Glaubhafte Sanktionsdrohungen, attraktive Anreize und eine gemeinsame Linie gegen das iranische Nuklearprogramm

Die Zeit drängt: Der Iran könnte verschiedenen Schätzungen zufolge schon in drei bis sechs Jahren über eine Atombombe verfügen. Doch die Bedingungen für Verhandlungen sind nicht schlecht: Ein Fakt der Realpolitik ist, dass ein geschwächter Ahmadinedschad für die internationale

16. Bisweilen wird das Format auch EU 3+3 genannt, also Frankreich, Großbritannien, Deutschland plus USA, Russland und China.

Gemeinschaft ein besserer Ansprechpartner ist, als ein heillos in erbitterten Machtkämpfen verstrickter Mussawi es wäre (und wie es einst Chatami war). Trotz der jüngsten Querelen und Niederlagen ist Ahmadinedschad immer noch der Politiker, der am ehesten das Gehör Chameneis und der Ultrakonservativen hat – oder es zumindest wieder bekommen kann. Ahmadinedschad ist sicher nicht gerade der Liebling des Westens, aber das Ziel der Diplomatie ist es nicht, Freundschaften zu schließen, sondern Interessen voranzubringen – sonst hätten die USA 1972 auch keinen Dialog mit Mao Zedong, geschweige denn mit Leonid Breschnew beginnen dürfen. Letztlich müsste dem Westen sogar daran gelegen sein, einen direkten Verhandlungskanal zu Ayatollah Chamenei zu etablieren, ohne dessen Placet es ohnehin keine Entscheidung geben kann.¹⁷

Um Erfolg zu versprechen, müssen die 5+1-Staaten dem Iran neben glaubhaften Sanktionsdrohungen vor allen Dingen ein attraktives Angebot machen, das dieser nicht ohne Weiteres ablehnen kann.¹⁸ Dazu müssen vor allem wirtschaftliche Anreize gehören, denn wie oben dargelegt benötigt der Iran dringend Investitionen und mehr Handel, sowie langfristig die Aussicht auf eine WTO-Mitgliedschaft. Die sicherheitspolitischen Erwägungen sind für Teheran indes zentral: In Irans Nachbarschaft stehen derzeit immer noch mehr als 100 000 hochgerüstete US-Soldaten – im Westen im Irak, im Osten in Afghanistan und auf dem Luftwaffenstützpunkt Incirlik im Nachbarland Türkei. Teheran will daher eine Sicherheitsgarantie seitens der US-Regierung. Ohne eine solche glaubhafte Zusicherung kann es im Nuklearstreit keinen Durchbruch geben (Perthes 2008: 132f).

Die sechs Verhandlungspartner sollten sich rasch auf eine gemeinsame Linie einigen und die Gespräche mit Teheran zügig wieder aufnehmen, um von der aktuellen Schwäche des Iran zu profitieren. Mindestens so wichtig wie die Strategie ist zu anfangs jedoch auch eine Personalfrage: Wen schickt Washington? Die US-Regierung muss einen ranghohen Vertreter entsenden, um den Verhandlungen Gewicht zu verleihen.

17. Maloney verweist zu Recht darauf, dass in iranischen Staaten kein Individuum und kein Amtsträger die alleinige Autorität hat. Die Institutionen, gewählte und nicht gewählte, sind stark miteinander verbunden. »Das ist die versteckte Stärke des Systems, genauso wie die Quelle seiner Undurchsichtigkeit, Unbeständigkeit und Ineffizienz.« (Maloney 2008c: 10)

18. Perthes zufolge gab es in den Verhandlungen bisher keine kohärente Strategie, die dem Iran Kosten und Nutzen des entsprechenden Verhaltens klarmachte (Perthes 2008: 124).

hen. Der Iran-Beauftragte des US-Präsidenten, Dennis Ross, könnte wegen seiner als pro-israelisch geltenden Haltung im Nahost-Konflikt und seines jüdischen Glaubens jedoch in Teheran auf größere Vorbehalte stoßen (Cohen 2009).

Wenn die Verhandlungen beginnen – möglicherweise ohne Vorbedingungen, um der iranischen Führung zu ermöglichen, ihr Gesicht zu wahren –, muss schnell auf die »double freeze« genannte Lösung gedrängt werden. Dieser ursprünglich vom EU-Außenvertreter Javier Solana eingebrachte Vorschlag sieht eine doppelte Suspendierung vor: Der Iran baut während der Verhandlungen keine weiteren Zentrifugen zur umstrittenen Urananreicherung, der Westen hingegen verzichtet auf den Beschluss weiterer Sanktionen (Riedel/Samore 2008: 98f; Perthes 2008: 123).

Hinter den Kulissen müssen die Verhandlungen über weitere Sanktionen jedoch weitergehen – nicht zuletzt, um über eine glaubhafte Drohgebärde zu verfügen. Dabei bedarf es absoluter Geschlossenheit zwischen den USA und den drei EU-Staaten, um eine Einbindung Russlands und Chinas zu erreichen, die harten Strafmaßnahmen traditionell skeptischer gegenüberstehen. Um Moskau an Bord zu holen, kann die US-Regierung ein Tauschgeschäft anbieten: Für Geschlossenheit in den Verhandlungen mit dem Iran gibt es ein Moratorium beim Ausbau des US-Raketenabwehrsystems in Osteuropa (das ja von der Regierung Bush als Mittel gegen die iranische Bedrohung propagiert wurde) und bei einem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen verzichtet Washington auf die Errichtung des Abwehrsystems in der von Russland beanspruchten Einflussphäre (Riedel/Samore 2008: 112; Indyk/Pollak 2009). China ist vor allem um seine Wirtschaftsbeziehungen und die Rohstoffzufuhr besorgt. Sollten die übrigen fünf Staaten sich jedoch einig sein, wird China im Sicherheitsrat erfahrungsgemäß kein Veto einsetzen (Riedel/Samore 2008: 113).

Die sechs Staaten haben dabei durchaus noch so manche Daumenschraube, mit der sie drohen können. Zu den Sanktionen könnte ein weitgehendes Waffenembargo gehören, striktere Regelungen für Investitionen und den Technologietransfer für den Öl- und Gassektor sowie Einfuhrbeschränkungen für raffinierte Ölprodukte wie Benzin (Riedel/Samore 2008: 110). Besonders Letzteres könnte den Iran, der, wie bereits geschildert, rund 40 Prozent seines Benzinbedarfs importieren muss, in eine tiefe Krise stürzen. Im US-Senat gab es bereits Anhörungen zu dem »Iran Refined Petroleum Sanctions Act« (Sanger 2009: A4). »Über die-

sen Hebel Druck auszuüben, wird die Regierung in Teheran schneller und entschiedener überzeugen als jede Zahl von Videografiken, Briefen, Karten oder Goodwill-Besuchen«, sagte Danielle Pletka vom konservativen US-Thinktank American Enterprise Institute Ende Juli vor einem Senatsausschuss (Pletka 2009). Die Umsetzung sollte dabei nicht über militärischen Druck erfolgen – eine Konfrontation in der Straße von Hormus etwa kann sich niemand wünschen –, sondern könnte analog zu den Finanzsanktionen über indirekten Druck geschehen: Wenn die Lieferanten und die Versicherer der Transporte überzeugt sind, dass ihnen aus einem Festhalten am Iran-Geschäft weltweit großer Schaden entstehen könnte, dann würden sie diese wohl einstellen (Pletka 2009) – genauso wie einige deutsche Banken ihr Irangeschäft stillschweigend beendet haben.

Ziel der Verhandlungen mit Teheran muss es langfristig sein, eine iranische Atombombe zu verhindern. Das heißt, die Produktion von waffenfähigem hoch angereichertem Uran (HEU) muss verhindert werden. Dass der Iran auf die Urananreicherung komplett verzichtet, gilt als unwahrscheinlich, zumal in Natans bereits tausende Zentrifugen niedrig angereicherten Uran (LEU) produzieren. Daher braucht es wohl eine zweiteilige Strategie: Der Westen muss dem Iran das Recht der zivilen Nutzung inklusive der Forschung der Atomkraft garantieren, allerdings unter strengster Überwachung durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA). Der gordische Knoten des iranischen Festhaltens an der eigenen Urananreicherung könnte dann durch »ein multilaterales Konsortium oder Joint Venture zur Nuklearforschung und zur industriellen Produktion von Brennelementen« gelöst werden (Perthes 2008: 142). Als zweitbeste Lösung könnte auch eine internationale Einrichtung zur Urananreicherung unter IAEA-Aufsicht innerhalb des Irans zur Debatte stehen.

Sollte dem Iran der Durchbruch zur Atombombe gelingen, verbieten sich Militärschläge. Ein nuklear gerüsteter Iran wäre zwar »kein absolutes Katastrophenszenario«, wie Perthes es formuliert (Perthes 2008: 155; vgl. auch Riedel/Samore 2008: 118), die Welt würde dadurch aber gewiss nicht sicherer werden, nicht zuletzt wegen der immanenten Instabilität des iranischen Herrschaftssystems. Ein nuklearer Schutzschirm für die Nachbarländer, wie von US-Außenministerin Hillary Clinton angedeutet, würde die Macht einer iranischen Bombe jedoch neutralisieren, eine Aufwertung der Regionalmacht zunichtemachen und ein nukleares Wettrennen im Nahen und Mittleren Osten verhindern (Riedel/Samore 2008:

127). Sollte es so weit kommen, wird sich die internationale Gemeinschaft sicher auf drastische Sanktionen verständigen und den Iran damit wirtschaftlich noch weiter unter Druck setzen. Kombiniert mit dem Erstarken der Opposition und der Sehnsucht nach Freiheit der Millionen jungen Iraner ist dies ein gefährlicher Sprengsatz – vor allem für das Regime in Teheran selbst.

Literatur:

- BP (2009): Statistical Review of World Energy June 2009, British Petroleum, http://www.bp.com/liveassets/bp_internet/globalbp/globalbp_uk_english/reports_and_publications/statistical_energy_review_2008/STAGING/local_assets/2009_downloads/statistical_review_of_world_energy_full_report_2009.pdf.
- BusinessWeek (2006): »Surprise: Oil Woes in Iran. Flagging Output from its Vast Reserves Could Diminish Teheran's Influence«, http://www.businessweek.com/magazine/content/06_50/b4013058.htm (aufgerufen am 19.8.2009).
- Chimelli, Rudolph (2009): »Der entrückte Präsident. Ahamdinedschad verliert an politischer Macht und strebt deshalb nach Höherem«, in: *Süddeutsche Zeitung* (20.8.): 4.
- Cohen, Roger (2009): »The Making of Iran Policy«, in: *New York Times Magazine* (2.8.), <http://www.nytimes.com/2009/08/02/magazine/02Iran-t.html> (aufgerufen am 3.8.2009).
- Collier, Paul (2008): *The Bottom Billion. Why the Poorest Countries are Failing and What Can Be Done about It*. New York: Oxford University Press.
- Economist (2009): »Politics in Iran. Battling on; Bericht vom 22.8., http://www.economist.com/world/mideast-africa/displayStory.cfm?story_id=14291559&source=features_box_main (aufgerufen am 23.8.2009).
- Focus (2009): »Einflussreiche Geistliche unterstützen Opposition«, *Focus Online* (31.7.), http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/iran-einflussreiche-geistliche-unterstuetzen-opposition_aid_422430.html (aufgerufen am 23.8.2009).
- Forbes (2007): »Sacked Iran Minister Warns of Energy Catastrophe« (19.8.), <http://www.forbes.com/feeds/afx/2007/08/19/afx4033657.html> (aufgerufen am 20.8.2009).
- Haass, Richard N. et al (2008): *Restoring the Balance. A Middle East Strategy for the Next President*. Washington: Brookings Institution Press.
- Hermann, Rainer (2009): »Iran. Risse und Gräben«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (5.8.), <http://www.faz.net/s/Rub868F8FFABF0341D8AFA05047D112D93F/Doc~E59128260685547159E01E1FC4247DBD4~ATpl~Ecommon~Scontent.html> (aufgerufen am 23.8.2009).
- Indyk, Martin S. und Kenneth M. Pollack (2009): »Memo to the President: Renew Diplomacy in the Middle East«, Brookings Institution, http://www.brookings.edu/papers/2009/0105_middle_east_memo.aspx (aufgerufen am 13.1.2009).

- IWF (2008): *The Islamic Republic of Iran*; IMF Country Report No. 08/285. Washington: International Monetary Fund, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2008/cro8285.pdf>.
- Mahdavi, Pardis (2009): *Passionate Uprisings. Iran's Sexual Revolution*; Stanford University Press.
- Maloney, Suzanne (2008a): *Iran's Long Reach: Iran as a Pivotal State in the Muslim World*. Washington: United States Institute of Peace.
- Maloney, Suzanne (2008b): »U.S. Policy Toward Iran: Missed Opportunities and Paths Forward«, in: *Fletcher Forum of World Affairs*, Jahrgang 32, Ausgabe 2: 25–44.
- Maloney, Suzanne (2008c): *Diplomatic Strategies for Dealing with Iran: How Teheran Might Respond*. Washington: Center for a New American Security, http://www.brookings.edu/~/media/Files/rc/reports/2008/06_iran_maloney/06_iran_maloney.pdf (aufgerufen am 13.1.2009).
- Miller, James N. et al. (2008): *Iran: Assessing U.S. Strategic Options*. Washington: Center for a New American Security, http://www.cnas.org/files/documents/publications/MillerParthemoreCampbell_Iran%20Assessing%20US%20Strategy_Sept08.pdf (zuletzt aufgerufen am 16.1.2009).
- Montaseri, Ali (2009): »Tyrannie und Ungerechtigkeit«; Übersetzung der Fatwa vom 11.7. durch Armin Eschraghi. Dokumentiert in: *Süddeutsche Zeitung* (14.7.): 11.
- Perthes, Volker (2008): *Iran – Eine politische Herausforderung*. Frankfurt am Main: Edition Suhrkamp.
- Pletka, Danielle (2009): Minimizing Potential Threats from Iran. Rede vom 30.7, <http://www.aci.org/speech/100073> (aufgerufen am 23.8.2009).
- Riedel, Bruce und Gary Samore (2008): »Managing Nuclear Proliferation in the Middle East«, in: *Restoring the Balance. A Middle East Strategy for the Next President*. Washington: Brookings Institution Press: 93–129.
- Sanger, David E. (2009): »U.S. Weighs Iran Sanctions if Talks are Rejected«, in: *New York Times* (3.8.2009) A4.
- Spiegel (2009): »Repression in Iran: Wächterrat will Oppositionsführer wegsperren« *Spiegel Online* (21.8.), <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,644289,00.html> (aufgerufen am 22.8.2009).
- Worth, Robert F. und Nazila Fathi (2009): »Ahmadinedjad Seen as Increasingly Vulnerable Since Re-election«, in: *New York Times* (27.7.): A4.